

la gauche

Türkei und EU –
Partnerschaft mit Hindernissen

1





Inhalt

| | |
|--|----|
| Die Erwartungen der Fraktion | 4 |
| Partnerschaft mit Hindernissen | 6 |
| Hohe Hürden für die EU-Mitgliedschaft der Türkei | 14 |
| Was kostet der Beitritt? | 17 |
| »Nur die Kurden sind namenlos« | 20 |
| Beitrittsverhandlungen im Spannungsfeld | 22 |
| Die Situation der Frauen in der Türkei | 24 |
| Wohlstand für alle? | 28 |
| Türkei – eine neue Welt für Unternehmen in Europa | 32 |
| Die Türkei und die Sicherheits- und Militärpolitik der EU | 35 |
| Die Zypernfrage und die EU | 38 |
| Die Niederlande und der Islam | 40 |
| Die Türkei und die Türken in Europa | 44 |

Delegation der Linkspartei.PDS in der
Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen
Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

FRANCIS WURTZ

Europaabgeordneter der Kommunistischen Partei Frankreichs, Vorsitzender der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke

Die Erwartungen der Fraktion



Meine Fraktion hat sich mit großer Mehrheit für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ausgesprochen. Wir befürworten ausdrücklich, dass das Ziel dieser Verhandlungen die EU-Mitgliedschaft der Türkei sein soll. In Vorbereitung auf diese Entscheidung haben sich in der Türkei bedeutsame Veränderungen vollzogen. Deren wichtigstes und tatsächlich greifbares Ergebnis ist der Beginn einer gesellschaftspolitischen Diskussion und einer politischen Differenzierung in der Türkei. Das ist anzuerkennen und muss aktiv unterstützt werden. Allerdings geht es dabei nicht nur

um die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, sondern um unerlässliche demokratische Standards. Die Mitgliedschaft der Türkei auf einer solchen Grundlage und nicht nur aus geostrategischen Erwägungen der USA oder der NATO würde eine Bereicherung der Europäischen Union darstellen. Sie wäre ein bedeutsamer Schritt hin zu regionaler Stabilität und engerer Zusammenarbeit der EU mit ihren Nachbarstaaten.

Die Verhandlungen werden sich über einen langen Zeitraum erstrecken. Zu ihrem Beginn haben wir in aller Klarheit die Punkte benannt, die nicht verhandelbar sind und bei denen folglich die europäischen Verhandlungsführer keine Zugeständnisse machen können, welchem Druck sie auch ausgesetzt sein mögen.

In erster Linie handelt es sich um die konkrete Umsetzung der demokratischen Normen wie der wirklichen Achtung der Bürgerrechte und der international anerkannten Menschenrechte. Das schließt natürlich die staatsbürgerlichen, politischen und kulturellen Rechte der Minderheiten ein, vor allem der Kurden. Es ist von grundlegender Bedeutung, dass die Türkei sich endgültig von der Idee einer militärischen Lösung der Kurdenfrage verabschiedet, dass sie die politische Dimension des Konflikts anerkennt und die Aussöhnung voranbringt, insbesondere mit den Kurden, die auf den Einsatz von Waffen verzichtet haben.

Im gleichen Geiste geht es darum zu erwirken, dass die Türkei es entgegen allen Formen von Nationalismus akzeptiert, sich ihrer Geschichte zu stellen, und den Völkermord an den Armeniern anerkennt.

Es ist absolut inakzeptabel, dass die Türkei ein Mitgliedsland der EU, nämlich Zypern, nicht völkerrechtlich anerkennt. Die Anerkennung der Republik Zypern und der Rückzug der Besatzungstruppen aus dem Norden der Insel sollten bereits während der ersten Verhandlungsphase vollzogen werden. Die Türkei muss umgehend und uneingeschränkt die Verpflichtungen, die sie mit der Annahme des Protokolls zur Ausdehnung der Zollunion Türkei/Europäische Union auf die neuen Mitgliedstaaten, besonders die Republik Zypern, eingegangen ist, erfüllen. Das bedeutet selbstverständlich die absolute Achtung des freien Zugangs zyprischer Schiffe und Flugzeuge zu den Häfen und Flughäfen der Türkei.

Diese keineswegs überzogenen oder unangemessenen Forderungen entsprechen im Wesentlichen den Erwartungen der demokratischen Kräfte in der Türkei selbst. Diese befürworten den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Die Beitrittsverhandlungen stellen für die türkischen und kurdischen demokratischen Kräfte einen außerordentlichen Hebel dar, um die gesellschaftspolitischen Wandlungsprozesse zu beschleunigen, die sie für notwendig halten. Wir wollen sie dabei unterstützen.



Partnerschaft mit Hindernissen



ANDRÉ BRIE

Europaabgeordneter der Linkspartei.PDS

Die Annäherung von Türkei und Europäischer Union ist kompliziert. Die Beitrittsverhandlungen sind ein Vertrauensvorschuss – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Selten in der Geschichte der Europäischen Union hat ein Thema gleichermaßen Regierungen und Bevölkerung bewegt wie die mögliche Aufnahme der Türkei in die Gemeinschaft. Erst in buchstäblich letzter Minute haben die EU-Mitgliedstaaten am 3. Oktober 2005 die Beitrittsgespräche mit der Türkei eingeleitet. Der Europäische Rat im Dezember 2004 hatte dieses Datum als offiziellen Beginn der Verhandlungen festgelegt. Erklärtes Ziel ist die türkische Vollmitgliedschaft in der EU, auch wenn die Gespräche »ergebnisoffen« geführt werden und die Entscheidung sicherlich erst in einem Jahrzehnt fallen wird.



Dass das endgültige Verhandlungsmandat mit diesen Vorgaben erst kurz vor Mitternacht von beiden Seiten bestätigt wurde, zeigt, wie kompliziert die Annäherung von Europäischer Union und Türkei nach wie vor ist. Und nicht nur auf offizieller Ebene sind die Vorbehalte noch immer groß: In einer Eurobarometer-Umfrage, durchgeführt im Frühjahr 2005, sprachen sich 52 Prozent der Befragten gegen einen EU-Beitritt der Türkei aus, in Deutschland sogar 74.

Auch für die europäische Linke ist die Frage des türkischen EU-Beitritts sehr schwierig, widerspruchsvoll und kontrovers. Wir sind entschieden dagegen, die Europäische Union als einen exklusiven oder gar einen »christlich-abendländischen« Klub zu betrachten. Obwohl die aktuelle Realität dem wenig entspricht, wollen wir eine europäische Integration, die auf demokratischen, sozialen und ökologischen Werten beruht und von den unteilbaren Menschenrechten, Frieden und Solidarität bestimmt wird. Entsprechend den Verträgen ist die EU auch für jedes europäische Land offen. Obwohl der größere Teil des türkischen Territoriums in Asien liegt, trifft dieses Kriterium eindeutig auf sie zu: Sie ist seit langem Mitglied des Europarates, jener älteren, aber viel lockerer organisierten Schwesterorganisation der EU, der die europäischen Menschenrechtsdeklarationen zu verdanken sind und zu der der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg gehört. Die Europäische Union hat im übrigen auch ihre blaue Fahne mit den zwölf gelben Sternen vom Europarat übernommen. Die Türkei ist auch Mitglied der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und anderer europäischer Institutionen. Das wurde nie in Frage gestellt.

Nicht nur die PDS bzw. die Linkspartei in Deutschland, sondern auch die europäische Linke haben das Recht der Türkei, Mitglied der Europäischen Union zu werden, daher immer unterstützt. Zugleich sind jedoch gravierende, sehr ernste Probleme offensichtlich: Trotz einiger positiver Entwicklungen in den vergangenen Jahren werden die Menschenrechte und die Rechte von Minderheiten in der Türkei vielfach und oft massiv verletzt. Insbesondere die Situation der Frauen und der Kurdinnen und Kurden ist nach wie vor besorgniserregend. 4000 kurdische Dörfer im Osten der Türkei sind in den 90er Jahren vom Militär und türkischen Todesschwadronen zerschossen und gesprengt worden. Die Rückkehr der geflüchteten Menschen scheitert bis heute am Widerstand der türkischen Behörden und an der völlig fehlenden finanziellen Unterstützung. Und das ist nur der für jede und jeden sichtbare Ausdruck einer weit reichenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Diskriminierung der großen kurdischen Minderheit im Land. Elementare politische Freiheiten, wie das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit, grundlegende demokratische Standards wie die zivile und parlamentarische Kontrolle des Militärs sind nicht wirklich realisiert. Folter ist in den türkischen Gefängnissen weiter an der Tagesordnung. Viele Gesetze, mit denen solche Probleme verändert werden sollen, werden praktisch nicht umgesetzt. Dramatisch ist auch das soziale und wirtschaftliche Gefälle im Land. Im Durchschnitt erreicht die Türkei ohnehin nur 22 Prozent des Pro-Kopf-Einkommens der 15 alten EU-Mitgliedsländer. Das Entwicklungsniveau des vornehmlich von Kurden bewohnten Südostens des Landes ist jedoch noch bei weitem geringer, die Menschen entsetzlich arm.

Ankara hält auch an der Besetzung Nordzyperns fest und anerkennt die Souveränität der Republik Zypern nicht, eines Mitgliedslandes der EU. Allerdings ist geschichtlich auch zu berücksichtigen, dass die damalige Militärjunta in Griechenland am 15. Juli 1974 einen Militärputsch gegen den zyprischen Ministerpräsidenten Makarios angezettelt hatte, um eine großgriechische Vereinigung Griechenlands und Zyperns (Enosis) und die Säuberung der Insel von Kommunisten und Sozialisten und anderen »Feinden des Griechentums« zu erreichen. Fünf Tage nach dem Putsch begann die Türkei die Invasion des Nordens. Der Sturz der Obristen in Athen am 23. Juli kam für Zypern zu spät, wenngleich daraufhin auch der Putsch auf Zypern zusammenbrach. Bis heute leiden griechische und türkische Zyprioten unter der Teilung ihres Landes und der fortgesetzten türkischen Besetzung Nordzyperns. Auch das Projekt einer türkischen EU-Mitgliedschaft hat einen imperialen Hintergrund: Es waren und sind vor allem die USA, die aus geostrategischen Gründen die EU drängen, die Türkei aufzunehmen. Wie schwer der europäischen Linken unter solchen Bedingungen die Entscheidung fiel und fällt, ist sicherlich nachvollziehbar.



Eines ist jedoch gemeinsame Position: Ohne gravierende, umfassende und praktische Veränderungen in der türkischen Politik, ohne die vollständige Erfüllung der so genannten Kopenhagener Kriterien der EU kann die Türkei nicht EU-Mitglied werden.

Es war Österreichs Regierung, die unmittelbar vor Gesprächsbeginn noch einmal verlangte, auch über »eine Alternative zu einer türkischen Vollmitgliedschaft« zu verhandeln. Allerdings stand Wien, auch wenn es den Anschein hatte, mit dieser Position keineswegs allein. Frankreichs Staatschef Jacques Chirac hatte vor dem nationalen Referendum über die EU-Verfassung am 29. Mai 2005 ausdrücklich damit geworben, eine Zustimmung zu dem Text würde der Türkei den Weg in die Gemeinschaft erschweren. Auch die am 22. November 2005 vom Parlament gewählte deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte zuvor noch mit einem »Nein« zur türkischen Vollmitgliedschaft in der EU Wahlkampf betrieben. Damit lag sie auf Linie mit dem CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber. Der bayerische Ministerpräsident hatte erklärt, er wolle »alles tun«, um den türkischen Beitritt zu verhindern. Stattdessen beschworen CDU/CSU die Idee der »privilegierten Partnerschaft«.

In der Realität existiert dieses Sonderverhältnis jedoch schon seit Jahren. Kein anderer Staat hat sich so lange um die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft bemüht wie die Türkei. Und keine andere Regierung wurde – teils berechtigt, teils unter fadenscheinigen Vorwänden – so oft zurückgewiesen wie jene in Ankara. Bereits im September 1959 hatte sich die Türkei um eine Mitgliedschaft in der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beworben. Der Beitritt kam nicht zustande, allerdings unterzeichneten Brüssel und Ankara genau vier Jahre später ein Assoziierungsabkommen. Kommissionspräsident Walter Hallstein sicherte dem Land eine Beitrittsperspektive zu.

Im April 1987 startete Ankara einen neuen Versuch und übergab der Europäischen Gemeinschaft (EG) ihren Antrag auf Vollmitgliedschaft. Im Dezember 1989 lehnte die EG-Kommission das Gesuch mit Verweis auf die instabile politische und wirtschaftliche Lage des Landes ab.

Sechs Jahre später, im Januar 1996, wurde dagegen die Zollunion zwischen Türkei und EU Realität. Auf ihrem Luxemburger Gipfel im Dezember 1997 bekundeten die Europäer schließlich, dass die Türkei für eine Mitgliedschaft in Frage komme. Zu diesem Zeitpunkt war auch die Osterweiterung der EU auf den Weg gebracht worden. Den offiziellen Status eines Beitrittskandidaten erhielt Ankara im Dezember 1999. Am 16. Dezember 2004 gaben die EU-Staats- und Regierungschefs grünes Licht für den Beginn formeller Beitrittsverhandlungen. Die auf dem EU-Gipfel 1993 in Kopenhagen definierten Kriterien für die Aufnahme solcher Gespräche (institutionelle Stabilität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, funktionierende Marktwirtschaft sowie Anerkennung des *Acquis communautaire*) seien erfüllt worden.

Die geringsten (aber nicht geringen) Zweifel an dieser Einschätzung dürfte es bei der Wirtschaftsentwicklung geben. In anderen Bereichen sieht es kritischer aus. Auch wenn Befürchtungen und Vorbehalte hinsichtlich einer EU-Mitgliedschaft des Bosphorus-Staates häufig aus populistischen Gründen überhöht und missbraucht werden, haben sie einen durchaus realen Hintergrund:



1. Mit der Türkei käme – gemessen an Fläche und Bevölkerungszahl – ein Schwergewicht in die Europäische Union. Mit über 810.000 Quadratkilometern ist das Land mehr als doppelt so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. Über 73 Millionen Menschen leben in der Türkei. Die oft geschürte Furcht vor einer massiven Einwanderung dürfte aber unbegründet sein. So hat sich die Zahl der türkischen Asylbewerber seit 1999 etwa halbiert. Auch bei der Aufnahme südeuropäischer Staaten in die EU und der Osterweiterung haben sich ähnliche Prophezeiungen nicht erfüllt. Ein Mitgliedstaat Türkei allerdings würde die EU-Außengrenze bis in den Nahen und Mittleren Osten verschieben. Daraus erwachsen auch Chancen – politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art. Doch ohne eine wirklich gemeinsame europäische Außenpolitik und eine alternative, wirksam auf Frieden, die Einhaltung des Völkerrechts, Entwicklung, Gleichberechtigung und Krisenvorbeugung gerichtete gemeinsame Sicherheitspolitik der Europäischen Union wüchse auch die Gefahr, dass die EU und ihre Mitgliedsländer noch stärker in den imperialen Unilateralismus der USA in dieser sensibelsten Weltregion einbezogen würden. Von dieser gemeinsamen und alternativen Politik ist gegenwärtig jedoch wenig zu spüren. Nicht nur in dieser Hinsicht ist es für die Linke eine entscheidende Frage, welche politischen, sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Europäische Union selbst für diesen Beitritt schafft.

2. Fast 99 Prozent der türkischen Bevölkerung sind Moslems, was nicht selten als Argument gegen eine EU-Mitgliedschaft des Landes vorgebracht wird. Aber es gibt kein religiöses Kriterium für die Bewertung eines Beitrittskandidaten; die EU ist kein exklusiv christlicher Klub. Zu ihrem Wertekatalog gehört die Trennung von Staat und Kirche, die auch in der 1923 geschaffenen Republik von Kemal Atatürk vollzogen wurde. Nebenbei sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass bereits heute mehr als 15 Millionen Muslime in den EU-Staaten leben.

3. Die Türkei galt und gilt als strategischer Verbündeter der USA. Nicht ohne Grund wandte sich die türkische Regierung in den Krisentagen vor dem 3. Oktober an das Washingtoner State Department. US-Außenministerin Condoleezza Rice sollte, so hieß es aus Ankara, in Brüssel wegen des gefährdeten Verhandlungsbeginns »intervenieren«. War das Land am Bosphorus in der Zeit des kalten Krieges Aufmarschbasis gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten, kommt ihm heute eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Washingtoner Interessen im Mittleren Osten zu. Zwar konnten wegen Differenzen in der Kurdenfrage im Irak-Krieg keine US-Bomber in der Türkei starten; bei einem zu befürchtenden Angriff gegen Iran könnte dies aber anders aussehen. Darüber hinaus gibt es in einflussreichen Kreisen der USA durchaus Befürchtungen, dass eine transnationale

Europäische Union zu einer wirtschaftlichen und politischen Herausforderung für die internationale Dominanz der USA werden könnte. Sie erwarten, dass eine Türkei-Mitgliedschaft die Integrationsfähigkeit der EU auf Jahrzehnte begrenzen würde. Insbesondere Paris betrachtet die Türkei als »U-Boot« Washingtons. Andererseits bestünde aber gerade bei einer stärkeren Anbindung der Türkei an die EU für Ankara die Möglichkeit, eine von den USA unabhängige Außen- und Sicherheitspolitik zu betreiben.

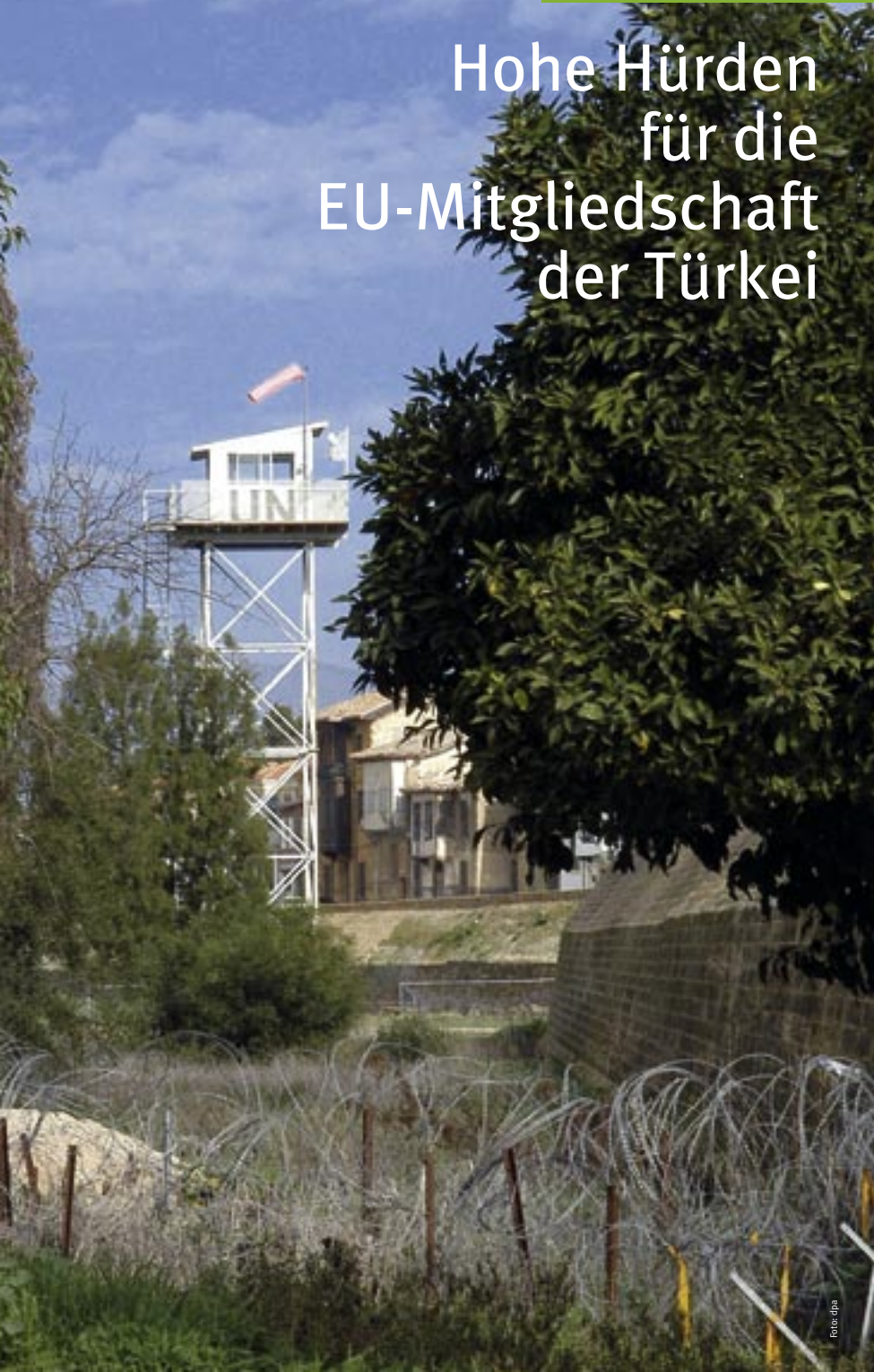
4. Größtes Problem für die Beitrittsfähigkeit der Türkei bleiben aber nach wie vor Rechtsstaatlichkeit, umfassende Beachtung der Menschenrechte und demokratische Freiheit, vollständige Durchsetzung der Gleichberechtigung, auch und vor allem der kurdischen Minderheit. Zwar hat die Türkei in der Menschenrechtsfrage seit 2001 deutliche Fortschritte gemacht. Dazu gehören die Justizreform, die Abschaffung der Todesstrafe oder auch die Haftentlassung der kurdischen Menschenrechtsaktivistin Leyla Zana (wenngleich das Verfahren neu aufgerollt wurde). Zu dem im August 2002 vom türkischen Parlament auf den Weg gebrachten Reformpaket zählte auch die Zulassung der kurdischen Sprache im Schulunterricht sowie im Rundfunk. Gerade die kurdische Bevölkerung hegt daher die größten Hoffnungen, dass die Beitrittsverhandlungen und eine spätere EU-Mitgliedschaft zu einer nachhaltigen und grundlegenden Verbesserung ihrer Situation führen würden. Nicht zuletzt wird der berüchtigte Nationale Sicherheitsrat seit 2003 nicht mehr vom Militär, sondern von einem Zivilisten geführt. Die Realitäten sind jedoch immer noch andere: Die Folter in der Türkei ist zwar auf dem Papier ausgeräumt, in den Polizeirevierern aber häufig noch an der Tagesordnung. Kurdisch als Sprache ist genehmigt, praktisch drohen jedoch jedem Repressionen, der sie in offiziellem Rahmen spricht. Die Gleichstellung der Frauen ist juristisch verankert, praktisch allerdings keineswegs durchgesetzt. »Wichtige Rechtsreformen sind mittlerweile in Kraft getreten und dürften zu strukturellen Veränderungen des Justizsystems, insbesondere im Gerichtswesen, führen«, konstatierte die Mitteilung der EU-Kommission zur Erweiterung im November 2005. Dennoch hat sich das Tempo des Wandels 2005 verlangsamt, und die Umsetzung der politischen Reformen ist nach wie vor unausgewogen«, heißt es weiter. »Auch wenn die Menschenrechtsverletzungen rückläufig sind, existieren sie weiterhin. (...) Wesentliche weitere Anstrengungen sind notwendig im Hinblick auf die Grundfreiheiten und Menschenrechte, insbesondere im Bereich der Meinungsfreiheit, der Rechte der Frau, der Religionsfreiheit, der Gewerkschaften, der kulturellen Rechte und der weiteren Intensivierung der Bekämpfung von Folter und Misshandlung. Insbesondere sollte die Türkei den Reformprozess besser in die Arbeit aller öffentlichen Behörden einbeziehen. Die Verpflichtung der Türkei zu weiteren politischen Reformen muss zu konkreteren Ergebnissen zum Nutzen aller Türken, unabhängig von ihrer Herkunft, führen.«



Mein Fazit ist eindeutig: Religiöse, kulturelle oder gar rassistische Vorurteile und antitürkische Ressentiments dürfen nicht toleriert werden. Es muss vor allem darum gehen, Fortschritte in Richtung Demokratisierung unumkehrbar zu machen, Menschen- und Bürgerrechte auch in der Realität umzusetzen, verifizierbare und terminierte Forderungen zu stellen und diese zu erfüllen. Das schließt ein, diesen Prozess durch unabhängige Beobachter überwachen und kontrollieren zu lassen.

Wir brauchen ehrliche Verhandlungen, die das Ziel verfolgen, die Türkei in vollem Umfang beitrittswürdig und -fähig zu machen. Und wir brauchen nicht zuletzt die Bereitschaft der EU, sich tatsächlich zu öffnen, andere Kulturen aufzunehmen, spezifische Traditionen und Realitäten zu berücksichtigen und den neuen Mitgliedern gleiche Rechte einzuräumen. Das schließt ein, dass sich auch die EU selbst den Herausforderungen der Beitritte stellt, die europäische Integration zu einem großen sozialen und solidarischen Projekt in einer gewandelten Welt entwickeln und endlich die dringend notwendigen demokratischen Reformen ihrer Institutionen, Verfahren und Mechanismen umsetzen muss. Ein »System Europa«, das sich auf einen freien Markt reduzieren lässt und in dem lediglich nationale Egoismen bedient werden, wäre keiner der kommenden Erweiterungen gewachsen.

Hohe Hürden für die EU-Mitgliedschaft der Türkei



SYLVIA-YVONNE KAUFMANN
Europaabgeordnete der Linkspartei.PDS



Mit der Verleihung des Kandidatenstatus an die Türkei im Jahre 1999 durch den Europäischen Rat und mit der Zustimmung des Europaparlaments zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im September 2005 wurde grundsätzlich entschieden, dass die Türkei dann beitragsfähig ist, wenn sie entsprechend den Kopenhagener Kriterien alle Bedingungen für eine EU-Mitgliedschaft, insbesondere im Hinblick auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Lage von Menschenrechten und Minderheiten, erfüllt sowie das Zypern-Problem löst. Eine ganz andere und nicht minder schwierige Frage ist, ob die EU ihrerseits politisch, wirtschaftlich und sozial überhaupt fähig ist, die Türkei nach Bulgarien, Rumänien und Kroatien als 29. Mitgliedstaat aufzunehmen. Diese Frage wird sehr kontrovers diskutiert und hat überdies an Gewicht gewonnen. Nicht selten begegnet man dabei sogar rassistischen und islamfeindlichen Ausfällen. Geschürt werden Vorbehalte unter Verweis auf die unterschiedlichen kulturellen und religiösen Traditionen, das niedrigere soziale und wirtschaftliche Entwicklungsniveau und die spannungsgeladene geostrategische Lage des Landes. Dramatisch für die Türkei ist, dass es der EU vor der Erweiterung nicht gelang, eine umfassende Reform auf den Weg zu bringen und die Integration zu vertiefen. Die Linke hat gerade diesen Mangel im Zuge der EU-Osterweiterung immer wieder kritisiert.

Die Aufnahme der Türkei in die EU ist letztendlich nur dann vollziehbar, wenn sie von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in allen EU-Staaten unterstützt wird. Dafür muss das entsprechende gesellschaftliche Klima geschaffen werden, wofür alle politischen Kräfte eine große Verantwortung tragen. Voraussetzung ist jedoch, dass die EU deutlich zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Menschen beiträgt. Nur wenn sich sichtbare Verbesserungen, insbesondere ein nachhaltiger Rückgang der Arbeitslosigkeit, einstellen, werden die weit verbreiteten sozialen Ängste vor einem türkischen EU-Beitritt schwinden und wird die allgemeine Zustimmung der Bevölkerung zum europäischen Einigungsprozess wieder wachsen. Bleibt es hingegen beim neoliberalen Kurs des radikalen Sozialabbaus, dann wird selbst eine »beitragsfähige« Türkei den öffentlichen Widerstand gegen ihre EU-Mitgliedschaft kaum überwinden können. Die Ergänzung der Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Sozialunion dürfte so gleichsam zum Dreh- und Angelpunkt auch für die EU-Mitgliedschaft der Türkei werden.

Doch die soziale Frage ist nicht die einzige Hürde. Hinzu kommt die politisch-institutionelle, die ebenfalls hoch liegt. Denn so, wie die EU derzeit verfasst ist, kann sie sich nicht mehr erweitern. Nicht einmal Kroatien könnte ohne weiteres als 28. EU-Mitglied aufgenommen werden. Nur um seine Stimmrechte im Rat oder die Zahl seiner Abgeordneten im Parlament zu bestimmen, müsste der Nizza-Vertrag einstimmig revidiert werden. Aber es geht um viel mehr. Die Entscheidungsstrukturen der EU müssen grundlegend demokratisiert und vereinfacht werden, damit sie als supranationaler Verbund von dann 29 Staaten handlungsfähig bleibt und die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts meistern kann. Mit dem geltenden EU-Vertrag von Nizza aus dem Jahre 2000 ist das unmöglich. Mit ihm kann der wirtschaftliche, soziale und solidarische Zusammenhalt der Gemeinschaft dauerhaft nicht gesichert werden, und das zu Recht beklagte Demokratiedefizit der EU bliebe bestehen. Das waren auch maßgebliche Gründe, weshalb ihn die europäische Linke ablehnte. Ihre damalige Diagnose ist noch heute höchst aktuell. Ganz in diesem Sinne bekräftigte das Europaparlament am 28. September 2005, »dass der Vertrag von Nizza keine akzeptable Grundlage für weitere Beschlüsse über den Beitritt weiterer neuer Mitgliedstaaten ist«. Es rief dazu auf, unverzüglich die erforderlichen politischen, institutionellen und bürgerrechtlichen Reformen im Rahmen des konstitutionellen Prozesses herbeizuführen. In der Tat ist die EU-Mitgliedschaft der Türkei eben auch untrennbar mit einer grundlegenden Reform der Europäischen Union verknüpft.



HELMUTH MARKOV

Europaabgeordneter der Linkspartei.PDS

Was kostet der Beitritt?

Es ist zum heutigen Zeitpunkt sehr schwer abzuschätzen, in welchem konkretem Umfang sich ein Beitritt der Türkei auf den EU-Haushalt auswirken könnte – viele Unbekannte müssen in die Berechnung einbezogen werden. Das Tauziehen um die finanzielle Vorausschau für die Jahre 2007 bis 2013 hat gezeigt, dass der EU-Haushalt aufgrund der spezifischen Interessen einzelner Mitgliedstaaten und der Konflikte zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern ein heißes Eisen und seine strategische Ausrichtung am Ende jeder Haushaltsperiode wieder völlig offen ist.



Um zu verdeutlichen, welche Herausforderungen vor dem Gemeinschaftshaushalt stehen, helfen einige Kennzahlen zur Türkei. Was Bevölkerung und Größe angeht, so ist die Türkei mit den 10 neuen EU-Mitgliedstaaten, die am 1. Mai 2004 der EU beigetreten sind, zusammengenommen vergleichbar. Beim gegenwärtigen Trend im Bevölkerungszuwachs könnte die Türkei in etwa 15 Jahren mit 80 Millionen Einwohnern rechnen. Demgegenüber liegt das Pro-Kopf-Bruttoinlandprodukt der Türkei weitaus niedriger als das durchschnittliche BIP der 10 neuen Mitgliedstaaten: es liegt heute bei 28,5 Prozent des EU-25-Durchschnitts gegenüber 52 Prozent für die 10 neuen Mitgliedsländer. Würde die Türkei heute der EU beitreten, so betrüge der Bevölkerungszuwachs für die EU 15 Prozent, der Flächenzuwachs 18 Prozent, der BIP-Zuwachs jedoch nur 2,2 Prozent. Das durchschnittliche Pro-Kopf-BIP würde sogar um 9 Prozent zurückgehen.

Was könnte also im Einzelnen bei einem Türkei-Beitritt auf den EU-Haushalt zukommen? Der Löwenanteil der Ausgaben geht an Zahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der Regionalpolitik in Form der Struktur- und Kohäsionsfonds. Diese beiden Politikbereiche machen ca. 80 Prozent der EU-Ausgaben aus. Hinzu kommen Ausgaben für sonstige interne und externe Politikbereiche, für Verwaltung sowie für die so genannten Heranführungsstrategien zur Vorbereitung von Beitritten, in deren Rahmen die Türkei heute schon EU-Finanzmittel erhält.

Regionalpolitik

Legt man die derzeitigen Daten und Förderfähigkeitskriterien zu Grunde, käme das gesamte Gebiet der Türkei für eine Förderung im Rahmen von Ziel



1 der Strukturfonds (Regionen mit unter 75 Prozent des durchschnittlichen EU-Pro-Kopf-BIP) und Hilfe im Rahmen des Kohäsionsfonds in Frage. Die Zahlen variieren zwischen 5,6 und 8 Milliarden Euro, da dies von der Entwicklung des türkischen BIP-Wachstums abhängt und diesbezügliche Prognosen mehr oder weniger optimistisch zwischen 2 und 5 Prozent Wachstum schwanken.

Landwirtschaft

Auch im Rahmen der GAP und der ländlichen Entwicklungspolitik könnte die Türkei mit umfangreicher Unterstützung rechnen. Gegenwärtig leben dort 7 Mio. Menschen von der Landwirtschaft, gegenüber 10,4 Mio. in der EU-25. Hochrechnungen, die von den derzeitigen Regelungen ausgehen, belaufen sich auf Kosten zwischen 8 und 11 Mrd. Euro bis 2025 (davon 5 bis 8 Mrd. Direktzahlungen, 2,3 Mrd. für ländliche Entwicklung, 600 Mio. bis 1 Mrd. Marktausgaben). Zum Vergleich: für die 10 neuen Mitgliedstaaten betragen nach Ende der 10jährigen Übergangsfrist die Direktzahlungen 6 Mrd., die Marktmaßnahmen 1 Mrd., die Zahlungen für ländliche Entwicklung 2 Mrd. Euro.

Weitere Politikbereiche

Im Bereich interne Politiken wird gegenwärtig mit zusätzlichen Ausgaben von 2,6 Mrd. Euro gerechnet, da insbesondere die neue Länge und Beschaffenheit der EU-Außengrenze in der Türkei neue Herausforderungen für den Bereich Asyl, Einwanderung und Grenzkontrolle mit sich bringen wird.

Im Bereich der Verwaltungsausgaben ist nicht mit einem nennenswerten Anstieg der Ausgaben zu rechnen. Die Ausgaben für die Vorbeitrittshilfen würden entfallen.

Insgesamt könnte die Türkei mit jährlichen Einnahmen von 16 bis 20 Mrd. Euro rechnen. Dem gegenüber stehen ihre Zahlungen in den EU-Haushalt. Der EU-Haushalt wird weitestgehend aus Beiträgen der Mitgliedstaaten finanziert, die sich auf das Bruttoinlandsprodukt beziehen. Ausgehend von den bereits erwähnten unterschiedlichen Wachstumsoptionen für die Türkei variieren die Schätzungen zwischen einem Beitrag von 2 Mrd. und 5,6 Mrd. Euro.

Eine so umfangreiche Veränderung des EU-Haushaltes ist nicht ohne Reformen der EU-Haushaltspolitik zu meistern. Die EU wird sich entscheiden müssen, ob sie prinzipiell bereit ist, die Eigenmittelobergrenze für ihren Haushalt spürbar anzuheben (entweder durch neu zu erschließende Einnahmequellen oder durch größere Zuwendungen der Mitgliedstaaten), oder ob sie das vorhandene Finanzvolumen so belassen und nur anders umverteilen will. An der Entscheidung um die haushaltspolitische Ausgestaltung eines Türkei-Beitritts wird ersichtlich, ob der Solidaritätsgedanke in der EU Bestand haben kann, und ob ihre Mitgliedstaaten bereit sind, mit Kreativität und Verantwortungsbewusstsein dieser neuen Herausforderung zu begegnen.

LEYLA ZANA, Sacharow-Preisträgerin 1995

»Nur die Kurden sind namenlos«



Auszüge aus der Ansprache vom 14. Oktober 2004 im Europäischen Parlament: »Die türkische Regierung muss die demokratische Lösung des Kurdenproblems auf die Tagesordnung setzen und es in angemessener Weise benennen. Jedes Lebewesen auf Erden hat seinen Namen: die Blumen, die Bäume, die Vögel. Alle haben ihren Namen. Nur die Kurden sind namenlos. Es gibt keinen Grund, dieses Problem nicht zu definieren und ihm keine angemessene Bezeichnung zu geben. Es gibt keinen Grund, den Dialog und den Frieden zu fürchten. Die Kurden wollen eine friedliche Lösung im Rahmen der territorialen Integrität der Türkei. Sie gehören zu den Gründungsbestandteilen, den ersten Bestandteilen der Republik Türkei. Sie achten alle Werte, die die Republik Türkei symbolisieren, aber die Regierung scheint unflexibel zu sein und will die auf Öffnung und Dialog gegründete aufrichtige Initiative der Kurden nicht verstehen. Doch wenn die friedliche Lösung nicht auf die Tagesordnung gesetzt wird, dann wird unabhängig davon, welche politische Partei an der Macht ist, dieser Dialog dazu verurteilt sein zu verschwinden. Gewiss wurden bereits wichtige Maßnahmen im Sinne der Demokratie getroffen, aber die Umsetzung dieser Maßnahmen scheint nur kosmetischer Natur zu sein. Die Kriterien von Kopenhagen müssen vom Grundsatz her umgesetzt werden und nicht nur mit Worten.

Das dringendste Gebot besteht darin, die Grundlage des bewaffneten Konflikts und die Gewalt aus der Welt zu schaffen. Ein Rechtssystem, das zu Abrüstung führt, wäre ein erster wichtiger Schritt in Richtung Frieden. Es gibt jedoch noch ein anderes dringendes Gebot, nämlich die Einbeziehung der politischen Gefangenen, der Intellektuellen, der Schriftsteller, der Politiker in das demokratische Leben. Weiterhin wünschen wir, dass demokratische Räume ohne Grenzen für die Gedanken- und Vereinsfreiheit geöffnet werden. Von lebenswichtiger Bedeutung sind soziale und wirtschaftliche Maßnahmen mit dem Ziel, die Unterschiede zwischen den Regionen zu überwinden. Es müssen die Hindernisse beseitigt werden, die der Verwendung unserer Muttersprache in den Medien entgegenstehen, und es muss möglich werden, diese Sprache in den Grundschulen zu lernen. Eine neue demokratische Verfassung, die dem allgemeinen Recht entspricht, muss erarbeitet werden, und in dieser Verfassung müssen, wie der türkische Präsident Sezer erklärte, die Kurden als Bestandteile der Mehrheit anerkannt und geschützt werden. Niemand sollte die Unterstützung der Kurden für die Maßnahmen zur Demokratisierung in Zweifel ziehen.

Frieden in der Türkei bedeutet Frieden im Nahen Osten, Frieden in Europa und Frieden in der Welt. (...) Es ist an der Zeit, dass die Welt die politischen, sozialen und kulturellen Rechte der Kurden anerkennt, die eine Bevölkerung von mehr als 40 Millionen Menschen ausmachen. Die Kurden haben offen ihren Willen bekundet, ihre Anerkennung zu vollenden und sich in die heutige Welt zu integrieren. Was wir von der Welt erwarten, ist die Respektierung unseres Willens und dass man dies nicht als Unterpfeiler zum Verhandeln oder gar zum Feilschen in den internationalen Beziehungen verwenden kann. Wenn das Problem nicht vom Standpunkt des Gewissens und des humanitären Geistes aus angegangen wird, wird weiterhin eine potenzielle Drohung über dem regionalen und internationalen Frieden schweben. Die Nationen bleiben isoliert, wenn Mauern anstelle von Brücken errichtet werden. Europa hat dieses Leid jahrelang erlebt, und die Menschheit hat diese Mauern eine nach der anderen abgerissen. Europa und die Welt sollten in der Lage sein, die unsichtbaren Mauern einzureißen, die zwischen ihnen und den Kurden errichtet wurden, und als Brücke für die Lösung dieses Problems dienen. Man muss die Tatsache berücksichtigen, dass eine Türkei, die Mitglied der Europäischen Union ist, die das Kurdenproblem gelöst hat, es der westlichen Zivilisation ermöglichen wird, in Kontakt mit dem gewaltigen kulturellen Reichtum Mesopotamiens zu treten. Erst dann wird die westliche Zivilisation sich in eine moderne demokratische Zivilisation verwandeln.«

Frieden in der Türkei bedeutet Frieden im Nahen Osten, Frieden in Europa und Frieden in der Welt. (...) Es ist an der Zeit, dass die Welt die politischen, sozialen und kulturellen Rechte der Kurden anerkennt, die eine Bevölkerung von mehr als 40 Millionen Menschen ausmachen. Die Kurden haben offen ihren Willen bekundet, ihre Anerkennung zu vollenden und sich in die heutige Welt zu integrieren. Was wir von der Welt erwarten, ist die Respektierung unseres Willens und dass man dies nicht als Unterpfeiler zum Verhandeln oder gar zum Feilschen in den internationalen Beziehungen verwenden kann. Wenn das Problem nicht vom Standpunkt des Gewissens und des humanitären Geistes aus angegangen wird, wird weiterhin eine potenzielle Drohung über dem regionalen und internationalen Frieden schweben. Die Nationen bleiben isoliert, wenn Mauern anstelle von Brücken errichtet werden. Europa hat dieses Leid jahrelang erlebt, und die Menschheit hat diese Mauern eine nach der anderen abgerissen. Europa und die Welt sollten in der Lage sein, die unsichtbaren Mauern einzureißen, die zwischen ihnen und den Kurden errichtet wurden, und als Brücke für die Lösung dieses Problems dienen. Man muss die Tatsache berücksichtigen, dass eine Türkei, die Mitglied der Europäischen Union ist, die das Kurdenproblem gelöst hat, es der westlichen Zivilisation ermöglichen wird, in Kontakt mit dem gewaltigen kulturellen Reichtum Mesopotamiens zu treten. Erst dann wird die westliche Zivilisation sich in eine moderne demokratische Zivilisation verwandeln.«



OSMAN BAYDEMİR
Bürgermeister von Diyarbakir

Beitrittsverhandlungen im Spannungsfeld



Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, dass der einseitige Waffenstillstand der bewaffneten kurdischen Opposition und die anschließende De-facto-Friedensperiode in den Jahren von 1999 bis 2004 nicht sinnvoll genutzt werden konnten. Die staatlichen Behörden haben kein umfassendes Maßnahmenpaket zur vollständigen Entwaffnung der kurdischen Truppen und zu ihrer Einbindung in den Bereich demokratischer Politik geschnürt. Auch in dieser Zeit prägte die militaristische Sichtweise Debatten über die Kurdenfrage, wobei beharrlich der Standpunkt vertreten wurde, dass es lediglich um »Terror« und »Rückständigkeit« gehe. Weder die Türkei als Ganzes, noch die Region können eine neue Phase des Konflikts oder Krieges dulden. Trotz der aktuellen Spannungen ist die Uhr für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage noch nicht abgelaufen.

Diese Überzeugung wurde durch einige positive Entwicklungen im August 2005 untermauert. Vor seinem Besuch in Diyarbakir traf Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan am 10. August 2005 mit türkischen Intellektuellen zusammen. Bei diesem Treffen sprach er von der »Kurdenfrage« und verzichtete damit auf die bislang übliche Lesart des Staates, die wie folgt lautete: »Es gibt keine Kurdenfrage, sondern lediglich ein Terrorismusproblem«. Die türkischen Intellektuellen forderten nicht nur die bewaffnete kurdische Opposition zu einem sofortigen Waffenstillstand auf, sondern richteten zugleich die Forderung an den Ministerpräsidenten, ein umfassendes und integriertes ziviles Projekt zur Lösung der Kurdenfrage zu entwickeln, ein Projekt, mit dem die sozioökonomischen, kulturellen und politischen Aspekte des Problems in ihrer Gesamtheit erfasst werden.

Nach dem Beginn der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei wachsen gleichzeitig die Unklarheiten im Zusammenhang mit der Kurdenfrage. Einerseits werden Maßnahmen vorbereitet, um im Zuge des Heranführungsprozesses durchgeführte demokratische Reformen rückgängig zu machen, zum Beispiel durch Erweiterung der Befugnisse des Militärs und der Polizei und Wiedereinführung von »Antiterrorismus«-Gesetzen, die gegen den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit verstoßen, sowie durch Verlängerung der Untersuchungshaftzeiten. Andererseits hat der Ministerpräsident die zuständigen



Behörden aufgefordert, in lokalen audiovisuellen Medien Sendungen in anderen Sprachen als Türkisch zuzulassen.

Für den Fall, dass keine Initiativen für »mehr Demokratie, mehr Reformen« auf den Weg gebracht werden, ist bedauerlicherweise mit hoher Wahrscheinlichkeit von einer Eskalation der Konflikte in der Region auszugehen. Die Bevölkerung in der Region ist definitiv nicht in der Lage, die Verschärfung von Konflikten und eine Situation hinzunehmen, die eine Lösung des Problems in weite Ferne rücken lässt. Um den Übergang von der derzeit unklaren Lage zu einem vollständig demokratischen und freien Leben in der Türkei vollziehen zu können, sollten alle internationalen, nationalen und lokalen Kräfte, die sich für dieses Ziel einsetzen, wichtige Aufgaben übernehmen.

Die Situation der Frauen in der Türkei

FELEKNAS UCA

Europaabgeordnete der Linkspartei.PDS

Im Hinblick auf die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei spielt die Gleichstellung von Frauen eine zentrale Rolle. Der Bericht des Frauenausschusses des Europäischen Parlaments über die Rolle der Frauen in der Türkei verdeutlicht, dass es trotz Reformen noch gravierende Mängel in der Gleichstellung von Männern und Frauen in der Türkei gibt. Die Hauptprobleme bilden dabei die hohe Analphabetenquote von 25 Prozent, die geringe Anzahl weiblicher Entscheidungsträger in lokalen und nationalen Gremien und die anhaltende Gewalt gegen Frauen.



Das dringendste Problem hierbei wiederum besteht in der Gewaltanwendung gegen Frauen. Leider gibt es über das Ausmaß nur wenige Datenerhebungen. So gaben in einer Untersuchung Mitte der Neunziger Jahre fast 70 Prozent der Frauen an, dass sie geschlagen werden und 1998 äußerten fast 60 Prozent der Frauen in Ost- und Südostanatolien, dass sie körperlichen Angriffen ausgesetzt waren. In diesem Zusammenhang erscheint es fast grotesk, dass es in der Türkei bei einer Bevölkerung von 70 Million Einwohnern nur 14 Frauenhäuser gibt, trotz der gesetzlichen Vorgabe, in Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern Zufluchtshäuser für Opfer von Gewalt einzurichten.

Im Bereich der Bildung sind die Zahlen ebenfalls alarmierend. Nach den Angaben von UNICEF werden jedes Jahr zwischen 600.000 und 800.000 Mädchen im schulpflichtigen Alter nicht eingeschult, trotz einer bestehenden Mindestschulpflicht von acht Jahren. Insbesondere im Südosten der Türkei ist die Zahl besorgniserregend hoch. Diese negative Bilanz der Türkei im Bereich der Gleichstellung setzt sich auch in anderen Bereichen fort: Die politische Mitwirkung von Frauen, mit einem Frauenanteil von 4,4 Prozent im türkischen Parlament und nur einer Ministerin in der derzeitigen Regierung, ist nach wie vor sehr niedrig. Der Anteil der Frauen am Arbeitsmarkt liegt bei 27 Prozent, wobei die Zahl der erwerbstätigen Frauen sinkt.

Durch staatliche Stellen allein kann jedoch keine Gleichstellung erreicht werden.

Gender Equality muss durch jeden Einzelnen und somit durch alle Teile der Gesellschaft umgesetzt werden. Solange in einer Gesellschaft an dem klassischen Rollenverständnis zwischen Mann und Frau festgehalten wird, kann keine Gleichstellung erzielt werden. Hinzu kommt, dass die wirtschaftliche

und soziale Unterentwicklung im Südosten des Landes die vorhandenen Probleme der Frauen in diesen Regionen noch verschärft. Aus diesem Grund ist es wichtig, auch die regionale Ebene, vor allem die kurdischen Provinzen in der Türkei, in diesen Prozess mit einzubeziehen, um das bestehende regionale Gefälle zwischen West und Ost in der Türkei aufzuheben. Die EU müsste im Rahmen ihrer Beitritts-hilfen vor allem Maßnahmen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den kurdischen Gebieten ergreifen. Lokale Initiativen zur Geschlechtergleichheit müssten durchgeführt werden, der Zugang zu Bildung und geeigneten Berufen müsste verbessert werden. Nur so kann ein Umdenken im demokratischen Sinne nachhaltig realisiert werden.

Die türkische Regierung hat im Zuge der EU-Beitrittsperspektive einige Reformen hinsichtlich der Verfassung, des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Strafgesetzbuches vorgenommen. So wurde in Artikel 10 der Verfassung festgelegt, dass der Staat verantwortlich ist, Gleichstellung von Frauen und Männern sicherzustellen und Maßnahmen zu deren Umsetzung zu ergreifen.



Für Ehrenmorde wurde das Strafmaß erhöht, und auch die Komplizenschaft bei Ehrenmorden wurde unter Strafe gestellt. Was als sehr positiver Schritt gewertet werden kann, ist die Tatsache, dass Vergewaltigung in der Ehe nun als Straftatbestand definiert wird. Hier besteht bei vielen Europäischen Staaten noch Nachholbedarf. Das Arbeitsrecht und der Mutterschutz für Frauen wurde ebenfalls verbessert. Das Problem liegt jedoch in der Umsetzung der bestehenden Vorschriften. Die Implementierung der geänderten rechtlichen Regelungen in das Alltagsleben ist also die vordringliche Aufgabe, um die derzeit noch bestehende Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu überwinden.

Somit ist die Änderung des Rechtsrahmens zwar unabdingbare Voraussetzung, entscheidend ist aber zu verdeutlichen, dass es ohne Gleichberechtigung der Frauen in der Türkei keine Weiterentwicklung der türkischen Zivilgesellschaft im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben geben kann. Dies muss verankert werden im Bewusstsein von Männern und Frauen in der Türkei. Eine Demokratie mit nur der Hälfte der Bevölkerung zu realisieren, und zwar nur dem männlichen Teil, ist nämlich nicht möglich.

Wohlstand für alle?



GABI ZIMMER

Europaabgeordnete der Linkspartei.PDS



Die Spielregeln der bisherigen Beitrittsverfahren zur EU sind eindeutig: Der erreichte Vertragsschatz der bestehenden Mitgliedstaaten, der *acquis communautaire*, darf nicht in Frage gestellt werden, das beitretende Land hat ihn komplett zu übernehmen. Spielraum für besondere Bedürfnisse im sozial- und beschäftigungspolitischen Bereich ist bislang nicht vorgesehen. Dabei reflektiert das gewachsene Regelwerk der Europäischen Union eher die Bedürfnisse neoliberal umstrukturierter Ökonomien, die bereits weit auf dem Weg in eine Konzernwirtschaft und die so genannte Dienstleistungsgesellschaft vorangeschritten sind. In den alten EU-Ökonomien erwirtschaftet der Dienstleistungssektor inzwischen über 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die stetige Erwerbslosigkeit von etwa 10 Prozent der Bevölkerung wird in diesem Wirtschaftsmodell in Kauf genommen, deren Protestpotential durch begrenzte Sozialleistungen und Zukunftsversprechungen befriedet.

In dieses Regelwerk soll nun eine türkische Ökonomie integriert werden, deren Akteure derzeit noch ganz anders aufgestellt sind. Dort arbeiten 46 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung in der Landwirtschaft, in Deutschland 2,7 Prozent. Industrielle Arbeitsplätze gibt es für 20 Prozent, der Dienstleistungssektor inklusive Tourismus beschäftigt 34 Prozent und trägt bei steigender Tendenz etwa 52 Prozent zum BIP bei. Die OECD spricht von 13 Prozent Erwerbslosen außerhalb der Landwirtschaft. In den Städten (ein Viertel der Bevölkerung lebt in den drei Metropolen Istanbul, Ankara und Izmir) sind 26 Prozent der ausgebildeten Jugendlichen ohne Arbeitsplatz. Die Tendenz ist steigend, da in der geburtenstarken Türkei jährlich etwa 450.000 Jugendliche in den Arbeitsmarkt streben, sich jedoch einer von Rationalisierung dirigierte Arbeitswelt gegenüber sehen. Arbeitslosengeld wird höchstens 5 Monate lang gezahlt und beträgt 40 Prozent des letzten Lohnes bzw. 50 Prozent des Gehalts. Dabei liegt der gerade in der Industrie häufig gezahlte Mindestlohn von etwa 175 Euro mtl. für 45 Wochenstunden bereits unter der Armutsgrenze, ebenso die meisten im öffentlichen Dienst gezahlten Gehälter. Zur Verhinderung von organisiertem sozialem Protest wurden bislang oft Verbote und direkte Repressionen eingesetzt.

In der Vergangenheit waren währungspolitische Maßnahmen und lokale Subventionen Instrumente türkischer Regierungen zur Kompensation wirtschaftlicher Krisen und rückläufiger Beschäftigung. Diese fallen nun weg. Nicht erst mit dem Tag des EU-Beitritts, sondern bereits im Jahrzehnt der



Verhandlungen ist mit erheblichen Umbrüchen in der wirtschaftlichen Strukturierung der Türkei zu rechnen. Begonnen hat diese Entwicklung mit dem zur Bewältigung der türkischen Wirtschaftskrise von 2001 vom IWF verordneten strukturellen Anpassungsprogramm, das zur Gewinnung des Vertrauens der EU-Europäer und der US-Amerikaner als wichtigem Kreditgeber (8,3 Mrd. Dollar) fortgeschrieben werden soll.

Mit den IWF-Maßnahmen hat das Phänomen des jobless growth die Türkei erreicht. Die Senkung der Inflation wurde zum Hauptziel ernannt und auch erreicht, eine Währungsreform wurde durchgeführt, die Produktivität durch Rationalisierung gesteigert. Die Reallöhne sanken, die Jugenderwerbslosigkeit steigt.

Die Notwendigkeit der Maßnahmen wird mit der Konkurrenzfähigkeit in der Globalisierung begründet, aber zunehmend auch mit der Vorbereitung auf den Standard der EU. Eine möglichst geringe soziale Disparität gehört schließlich nicht zu den zu erfüllenden EU- Aufnahmekriterien.

Soziale Disparität besteht auch in der Fläche. Von den 81 türkischen Regionen kommen lediglich 10 ohne Subventionen aus. Außerhalb der Metropolen und der Tourismuszentren prägt Landwirtschaft das Bild. Auf den zerstückelten Parzellen wird häufig Subsistenzwirtschaft betrieben, ihre Produktivität

kann mit den kapitalintensiven Agrarbetrieben in der EU nicht mithalten. Aus den in Armut wirtschaftenden Höfen entsteht auch der Großteil des inner-türkischen Migrationsdrucks. Viele Menschen hoffen auf eine Chance in den Metropolen. Dennoch stellen die Familienhöfe auch die wichtigste Auffanginstitution in der Not dar.

Die türkische Regierung hat bereits signalisiert, auf Arbeitnehmer-Freizügigkeit und einen Teil der Agrarsubventionen verzichten zu wollen, um Beitrittsvorbehalte der EU-Europäer zu beschwichtigen. In der Tat ist zu erwarten, dass hier Kosten dämpfende Sonderbeschlüsse gefällt werden, wie es sie bereits im Vorfeld der großen Osterweiterung der EU gegeben hat. So drohen bäuerliche Familien, städtische Jugendliche und ein verarmendes Industrieproletariat zu Verlierern des Beitrittsprozesses zu werden.

Es muss eine Aufgabe der Linken in den heutigen Mitgliedstaaten der EU sein, nicht nur innerhalb der EU für Verringerung der sozialen Disparität zu kämpfen, sondern dieses Kriterium gemeinsam mit solidarisch denkenden türkischen Kräften auch in die Ausgestaltung des Beitritts der Türkei einzufügen. In der Praxis kann dies unter anderem ein gemeinsames Einsetzen für die Einführung europäischer Mindestlöhne bedeuten, die deutlich oberhalb der jeweiligen Armutsgrenze liegen.

SAHRA WAGENKNECHT

Europaabgeordnete der Linkspartei.PDS

Türkei – eine neue Welt für Unternehmen in Europa



Unter oben stehendem Titel hat der European Roundtable of Industrialists (ERT), die Vereinigung der größten Unternehmen in der EU, im Vorfeld der Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eine Broschüre herausgegeben, die unmissverständlich klar macht, worum es in Fragen Türkei-Beitritt vor allen Dingen geht: Die Türkei ist ein verheißungsvoller Markt mit wachsender Bevölkerung, billigen Arbeitskräften und verlockenden Privatisierungsschnäppchen.

Offen ausgesprochen wurde und wird das Argument der großen Profitaussichten von der Politik freilich nicht. Selbst Gerhard Schröder, zur Zeit der Entscheidung über Beitrittsverhandlungen Bundeskanzler und sonst nie zurückhaltend, wenn es um Wirtschaftsinteressen ging, vermied es, direkt auf die Bedeutung der Türkei als Expansionsfeld für europäische bzw. deutsche Konzerne hinzuweisen.

Die ökonomische Argumentation überlässt man lieber denen selbst. Michael Rogowski, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), etwa posaunt: »Für die deutsche Industrie ist die Türkei ein Wachstumsmarkt mit großem strategischen Potenzial.« Anton F. Börner, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA): »Wie schon bei den vorangegangenen Erweiterungen rechnen wir mit einer beitriffsinduzierten Wachstums- und Gewinnerspirale, von der Deutschland überproportional profitiert.« Auch der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, schwärmt: »... die Türken sind jung und ein wachsendes Volk. Damit wächst auch der Markt ... «

Zwar sind die Türkei-Exporte der EU-Länder durch die seit 1996 existierende Zollunion, die, wie der ERT nonchalant schreibt, »in rein handelspolitischer Hinsicht offenbar nicht zum Vorteil der Türkei« gewesen ist, bereits von 6,9 Mrd. US-Dollar 1995 auf 31,5 Mrd. US-Dollar 2003 gestiegen. Dieser Betrag dürfte sich jedoch bei einem EU-Beitritt noch wesentlich steigern, wenn mit massiven EU-Fördergeldern gerechnet werden kann. Außerdem: Noch sind wesentliche Branchen in der Türkei in staatlicher Hand, deren Privatisierung

in den nächsten Jahren über die Bühne gehen soll. Auch hier erhöht die EU-Aufnahme die Zugriffschancen westeuropäischen Kapitals. Und schließlich: Viele mittlere türkische Firmen werden dem massiven Wettbewerbsdruck nicht gewachsen sein. Sie dürften bald mit einem brutalen Verdrängungswettbewerb, einschließlich Übernahmeangeboten in den lukrativeren Fällen, konfrontiert werden.

Kein Wunder also, dass bei westeuropäischen Banken und Konzernen Goldgräberstimmung herrscht. Allein 2005 beliefen sich die Firmenaufkäufe und Beteiligungen in der Türkei auf 33,8 Mrd. Dollar, mehr als die Hälfte ging an ausländische Käufer. Für 2006 wird ein ähnliches Volumen erwartet.

Arbeitsplätze, nachhaltiges Wachstum und soziale Partizipation der Bevölkerung werden auf diesem Weg ganz sicher nicht erreicht, wie die osteuropäischen Beitrittsländer deutlich zeigen.



Seit ihrer Ernennung zur EU-Beitrittskandidatin 1999 hat die Türkei die Weichen auf die Erfüllung der wirtschaftlichen Anforderungen der Kopenhagener Kriterien gestellt. Die Umstrukturierung wurde massiv vom Internationalen Währungsfonds (IWF) vorangetrieben, mit dem die Türkei seit der schweren Finanzkrise im Jahr 2000/2001 umfangreiche Kreditabkommen hat. Der vom IWF verordnete rigide Sparkurs hat durch den massiven Abbau des öffentlichen Sektors gravierende Auswirkungen auf die Bevölkerung: 17 Prozent der türkischen Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze, jeder Zwanzigste mit weniger als einem Euro am Tag. Pro Einwohner liegt das Bruttoinlandsprodukt bei knapp 23 Prozent des EU-Durchschnitts.

Fazit: Mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu einem Zeitpunkt, an dem die Wirtschaft der Türkei die gewünschte Richtung genommen hat, die sonstigen Vorbedingungen jedoch nicht erfüllt sind – man denke nur an Zypern und die Lage der Menschenrechte –, hat die EU erneut verdeutlicht, worum es ihr auch in diesem Fall ausschließlich geht: Wirtschaftsmacht und Höchstprofite. Davon auszugehen, dass ergebnisoffene Verhandlungen geführt werden, ist unter diesen Bedingungen naiv, die Erwartung, dass seitens der EU eine tatsächliche Umsetzung der Kopenhagener Kriterien eingefordert und durchgesetzt wird, wäre es noch mehr. Die Entscheidung über einen Beitritt ist längst gefallen.



Die Türkei und die Sicherheits- und Militärpolitik der EU

Die Europäische Union braucht die Türkei. Viele der EU-Entscheidungsträger glauben: Ohne die Türkei kann die EU nicht weltweit agierender »Global Player« werden. Und wenn es nach ihrem Willen geht, soll die EU »Weltmacht« werden. Das ist das Ziel, auf das alles ausgerichtet werden soll. Nehmen wir den stellvertretenden Präsidenten der EU-Kommission, den deutschen Sozialdemokraten Günter Verheugen als Beispiel: In den ARD-Tagesthemen sprach er offen an, worum es (ihm) geht: »Der Beitritt der Türkei würde Europa – ob Europa das will oder nicht – zu einem weltpolitischen Akteur ersten Ranges machen.« Verheugen sieht, dass die EU erst nach einem Beitritt der Türkei voll als imperiale Macht in der Welt auftreten kann.



Deshalb fordert er auch: »Europa braucht am dringlichsten eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient.« Und wenn dies nicht umgehend möglich ist, droht er: »Ein politisch stärker integrierter Kern der EU ist darauf die angemessene Antwort, wenn sich zeigen sollte, dass die unterschiedlichen Auffassungen über die künftige Gestalt Europas weitere Integrationsschritte nicht mehr zulassen.« Das heißt, ein Beitritt der Türkei und die Beschleunigung für die Umsetzung von Kerneuropakonzepten schließen sich keineswegs aus, sondern bedingen sich gerade zu.

EU-Kommission und auch die jetzige deutsche Bundesregierung gehen im Hinblick auf einen Beitritt der Türkei sehr zielstrebig vor. Die Türkei als Waffenbruder und als geopolitisches Gewicht, das ist es, was vor allem interessiert. In dem »Fragen-Papier« der EU-Kommission zum Beitritt heißt es unter anderem: »Die Türkei ist ein strategisch wichtiges Land. (...) Der Beitritt der Türkei würde der EU helfen, die Energieversorgungsrouten besser zu sichern.« Und weiter: »Dank ihrer hohen Militärausgaben und ihres großen Streitkräftekontingents ist die Türkei in der Lage, einen bedeutenden Beitrag zur Sicherheit und Verteidigung der EU zu leisten.« Der Text ging meinem Büro vorab zu, er findet sich hier: <http://www.tobias-pflueger.de/Tuerkei-Bericht-Kommission.pdf>

Doch auch schon jetzt wird die Türkei als privilegierte Partnerin in die Konzeption der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingebunden. Denn zum einen will die EU die militärische Stärke der Türkei für sich nutzen. Zum anderen ist die Türkei als NATO-Mitglied an zentraler Position daran beteiligt, dass die institutionalisierte EU-NATO-Kooperation 2002 überhaupt zustande kommen konnte. Ein EU-Beitritt der Türkei würde die militärischen Kapazitäten noch verbessern und insbesondere auch die Europäische Union als geopolitischen Akteur ersten Ranges an den Grenzen zum Iran, zum Irak und zum Südkaukasus in Position bringen. Klar ist, ohne die Zustimmung der Türkei die NATO-Kapazitäten zur Verfügung zu stellen, wie jetzt in Bosnien der EU-Militärmacht mit dem schönen Codenamen Operation ALTHEA (Heilende Göttin), hätte die EU-Militarisierung nicht derart rasant vorangetrieben werden können. Das hat seinen Preis. So sitzt die Türkei als Beobachterin am Tisch der Rüstungsagentur der EU. Und in EU-Militäraktionen wie in Bosnien wird die Türkei auch jetzt schon eingebunden. Dort stellt die Türkei das größte Kontingent der Nicht-EU-Länder mit über 300 Soldaten, immerhin nahezu ein Drittel der größten EU-Truppe, die aus etwa 1000 deutschen Soldaten besteht.

Für den Rückgriff auf die militärischen Ressourcen der Türkei ist man offensichtlich auch gern bereit, bei Menschenrechten einmal mehr wegzusehen. So wurde 2005 die Verurteilung des Kriegsdienstverweigerers Mehmet Tarhan wegen Militärdienstverweigerung zur seit langem höchsten Gefängnisstrafe von 4 Jahren von den EU-Verantwortlichen lediglich mit einem Schulterzucken wahrgenommen.

Darüber hinaus scheint man im militärischen Bereich der Türkei noch weiter entgegenkommen zu wollen, um ihr den Weg zum Beitritt zu ebnen. So wurde im EU-Verfassungsvertrag explizit ein Passus verankert, der die Wiedereinführung der Todesstrafe in Spannungs- und Kriegszeiten als konform zu den europäischen Grundrechten deklariert. Das bedeutet, dass auch ein EU-Mitglied Türkei die Todesstrafe mit dem Kriegsrecht wieder einführen könnte, ohne gegen den EU-Verfassungsvertrag zu verstoßen und ohne irgendwelche Konsequenzen befürchten zu müssen. Hier zeigt sich das wahre Gesicht des Interesses der EU an der Türkei.



KYRIACOS TRIANTAPHYLIDES

Europaabgeordneter der Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes Zypern

Die Zypernfrage und die EU



Jede Diskussion des Zypernproblems sollte unter der Prämisse stehen, dass die Teilung der Insel unnatürlich ist und nicht erwünscht war. Seit Mitte der 70er Jahre wird versucht, einen Weg aus dieser Sackgasse zu finden. Die verschiedenen Pläne hierfür stoßen auf beiden Seiten bisher immer nur auf Skepsis. Erst vor kurzem wurde der Annan-Plan, der trotz seiner Unausgewogenheit als Wundermittel gegen das fortbestehende Problem präsentiert wurde, von 76 Prozent der griechisch-zypriotischen Bevölkerung abgelehnt – aus einem einfachen Grund: Der Plan sah vor, dass die türkischen Besatzungstruppen sowie jene Türken, die im Laufe der Jahre aus der Türkei »immigriert« waren, auf der Insel verbleiben sollten. Eine derartige Alternative ist für die Republik Zypern natürlich nicht zukunftsfähig. Das Abkommen von Zürich, das meiner Meinung nach eine wesentlich bessere Alternative war als der Annan-Plan, zerbrach nur drei Jahre nach seinem Inkrafttreten. Ausgehend von simplen historischen Tatsachen lässt sich die Zukunft des Annan-Plans also relativ einfach vorhersehen.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Gleichung sind die assimilierten türkischen Zyprioten, die im besetzten Nordteil der Insel leben. Früher, vor dem Einfall der türkischen Truppen, lebten etwa 120 000 türkische Zyprioten auf der gesamten Insel verstreut. Nach der Invasion wurden sie von den türkischen Besatzungstruppen gezwungen, sich im Norden anzusiedeln. Im Laufe der Jahre wurden dann allmählich weitere 120 000 Türken »ermutigt«, sich auf der Insel niederzulassen – in dem offensichtlichen Bestreben, die demographische Struktur der türkisch-zypriotischen Seite zu verändern. Zukunftsfähige Lösungen wurden dadurch erschwert.

Seit 1. Mai 2004 ist das Zypernproblem zu einem Problem der Europäischen Union insgesamt geworden. Seit diesem Datum gibt es meines Wissens leider kaum noch diplomatische Bemühungen um eine Lösung, die es künftigen Generationen ermöglicht, ohne dieses über ihnen hängende Damoklesschwert zu leben. Die Europäische Union ist mit der Tatsache konfrontiert, dass einer ihrer Mitgliedstaaten von einer Besatzungsmacht faktisch besetzt ist – ein Tatbestand, der gegen die Grundsätze verstößt, auf denen die Europäische Union beruht. Eben diesem verantwortlichen Land wurde nun der Status eines Bewerberlandes um die Mitgliedschaft

in der EU zuerkannt, was die gesamte Situation in den Augen der gewöhnlichen europäischen Bürger zu einer einzigen Farce macht.

Seit dem vergangenen Jahr gibt es auch verschiedene Bemühungen der Europäischen Union, der türkisch-zypriotischen Gemeinschaft Hilfe zukommen zu lassen. Ich bin der Auffassung, dass der nördliche Teil aus seiner Isolation heraustreten sollte. Dies kann jedoch nicht mit Hilfe zweckloser Taktiken erreicht werden, wie etwa des Versuchs, die Agentur für Wiederaufbau auf dem Balkan als diejenige Einrichtung zu benennen, die für die Verteilung der Finanzhilfe der EU zuständig ist. In diesem Fall erkennt die Union das Talat-Regime ausdrücklich als dritten Staat an. Der Nordteil der Insel ist zwar besetzt, doch trotzdem Teil der Republik Zypern, und jede ihm zugedachte Unterstützung sollte daher über die entsprechenden legalen Kanäle erfolgen.



Die Niederlande und der Islam



ERIK MEIJER

Europaabgeordneter der Sozialistischen Partei der Niederlande



»Lieber türkisch als päpstlich« war ein Slogan während des niederländischen Unabhängigkeitskampfes gegen Spanien (1568–1648). Damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass man sich eher mit der in Europa als feindlich angesehenen islamischen Welt verbunden führe als mit dem Römischen Katholizismus. Aber das garantierte keineswegs friedliche Beziehungen mit den islamischen Völkern. Die Niederlande haben seit dem 17. Jahrhundert Teile Asiens kolonialisiert. Darunter auch das heutige Indonesien, der Staat mit der größten islamischen Bevölkerung der Welt. Außerdem sind Teile der islamischen Bevölkerung der indonesischen Insel Java und des heutigen Pakistans und Indiens aus wirtschaftlichen Gründen im 19. Jahrhundert umgesiedelt. Ihre Reise endete in der damaligen niederländischen Kolonie Suriname an der Nordküste Südamerikas. Daraus resultierte – und dies ist positiv zu bewerten –, dass niederländische Buchbinder bereits im 17. Jahrhundert den Koran druckten, dass sich hunderttausende niederländische Männer mit Frauen islamischer Herkunft verheirateten und dass an Schulen und Universitäten der Islam unterrichtet wurde. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts wuchs die islamische Bevölkerungsgruppe in den Niederlanden spürbar an. Dies waren jedoch keine Arbeiter, sondern Studenten und Intellektuelle. Unter ihnen waren sogar einige wenige Indonesier, die als Mitglieder der kommunistischen oder der sozialdemokratischen Partei in das niederländische Nationalparlament gewählt wurden.

Die Zahl der Einwanderer in den Niederlanden beträgt derzeit ungefähr 1 Million, die Gesamtbevölkerung umfasst 16 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Die Migranten kommen zum größten Teil aus Marokko und der Türkei. Daneben gibt es auch relativ große Gruppen aus Suriname, Indonesien, den Karibischen und Kapverdischen Inseln sowie dem Irak und dem Iran und zunehmend auch aus Pakistan. Türken und Marokkaner sind in den sechziger Jahren als ‚Gastarbeiter‘ gekommen. Heute lebt ein großer Teil von ihnen in den ärmeren Vierteln der Großstädte Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und Utrecht im Westen der Niederlande oder verteilt sich auf kleinere, traditionelle Industriestädte. Viele der Zuwanderer seinerzeit waren jung, unverheiratet und mit wenig Schulbildung. Sie wurden bereits in ihren Heimatländern von Beamten und dem niederländischen Unternehmerverband ausgewählt. In den Niederlanden angekommen, wurden sie vorläufig in Pensionen für »Gastarbeiter« und in von Unternehmern bereit gestellten Baracken und alten Schiffen untergebracht. Dies war als eine Zwischenlösung gedacht, da sie ursprünglich nur kurzfristig bleiben sollten. Mit dem verdienten Geld sollten sie zurückkehren und sich in ihren Heimatländern eine neue Existenz aufbauen.

Inzwischen wächst bereits die dritte Generation dieser »Gastarbeiter« heran. Viele sind mittlerweile niederländische Staatsbürger oder besitzen neben ihrer ursprünglichen auch die niederländische Staatsangehörigkeit. Marokkaner verlieren zum Beispiel nie ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit. Seit 1985 haben auch diejenigen ohne niederländische Staatszugehörigkeit ein passives und aktives Wahlrecht für Gemeindevertretungen. Die meisten Parteien, selbst die Rechtspopulisten, haben Parlamentsabgeordnete ausländischer Herkunft. Überall werden neue Moscheen gebaut oder ehemalige Einrichtungen der Kirche übernommen. Aufgrund eines Gesetzes aus dem Jahre 1917, das die Finanzierung von katholischen, protestantischen und jüdischen Schulen aus Steuergeldern regelt, gibt es nun auch islamische und hinduistische Grund- und Oberschulen. Bis vor kurzem konnten Schüler grundsätzlich auch in nichtislamischen Schulen Unterricht in Arabisch oder Türkisch nehmen – eine Regelung noch aus der Zeit, in der man von ihrer möglichen Rückkehr in ihre jeweiligen Heimatländer ausging.

All diese Toleranz bedeutet allerdings ganz und gar nicht, dass es eine ideale Integrationspolitik in den Niederlanden gibt. Noch immer haben die meisten Migranten ein niedriges Einkommen, das sie abhängig macht von alten Mietwohnungen. Es gibt Arbeiterviertel, in denen mehr als 70 Prozent der Einwohner und beinahe hundert Prozent der Schülerschaft aus Migranten besteht. Tendenzen zu Radikalisierung und Intoleranz junger fundamentalistischer Muslime, die von allen fordern zu leben wie sie selbst, sind unverkennbar. Hieraus erwachsen große Konflikte über die Rechte von Frauen. Ein Großteil der Migranten informiert sich ausschließlich über ausländische Medien.

Auf der anderen Seite wächst Intoleranz der »Altbevölkerung« gegenüber neuen Migranten, gegen Verheiratung mit Partnern aus Ursprungsländern, gegen Rechte für Minderheiten, gegen die Neuzulassung von außerhalb der Niederlande ausgebildete Imams, gegen die Höhe der Minarette der großen neu gebauten Moscheen und letztlich gegen die von vielen Einwanderern gewünschte Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union. Die im Jahre 2002 gewählte konservative Regierung zeigt sich wenig tolerant gegenüber dem Islam sowie Einwanderern und Arbeitslosen. Sie bemüht sich um die Abschiebung von 26.000 nicht anerkannten Flüchtlingen in ihre Heimat. Auch in der traditionell linken Hafenstadt Rotterdam eroberten Rechtspopulisten mit einer Kampagne gegen »islamische Dominanz« die größte Fraktion im Gemeinderat und haben gemeinsam mit Christdemokraten und Liberalen die Stadtregierung übernommen. Die Zeit der multikulturellen Toleranz ist damit vorerst vorbei.

Vor wenigen Jahren war die Sozialistische Partei (SP) mit ihren Warnungen allein, dass ein getrenntes Nebeneinanderleben kein dauerhaftes solidarisches Zusammenleben ermöglicht. Heute wird die Einbeziehung aller in gesellschaftliche Prozesse von fast allen, auch den neuen intellektuellen Eliten der Migranten, als äußerst wichtig beurteilt. Mit dem Abriss billiger Mietwohnungen versuchen nun Rechte und Sozialdemokraten, die Kinder der »Gastarbeiter« zum Umzug in Neubauten in neuen Vierteln und Dörfern, die sie gar nicht bezahlen können, zu zwingen. Die Sozialistische Partei lehnt eine solche Vertreibungspolitik ab und behandelt die Betroffenen als Arbeitnehmer und Mieter, deren Interessen sie verteidigt.



Die Türkei und die Türken in Europa



HAKKI KESKIN

Mitglied des Deutschen Bundestages,
EU-Erweiterungsbeauftragter der Fraktion DIE LINKE.

Der Türkei und den Türken wird eine europäische Identität oft mit der Begründung aberkannt, es lägen unterschiedliche geschichtliche, religiöse und kulturelle Prägungen vor. Dabei wird so getan, als ob es in Europa nur eine Identität gäbe, nämlich die christliche Religion, eine einheitliche Kultur und eine gleiche Geschichte für alle 25 EU-Mitgliedstaaten und somit eine bestimmte Identität gäbe. Dass dies nicht der Realität entspricht, beweist die vorhandene Vielfalt der Sprachen, Kulturen, Religionen und der historischen Entwicklungen eines jeden Volkes und Landes in Europa, sowie die daraus entstehenden und sich fortwährend weiterentwickelnden Identitäten.



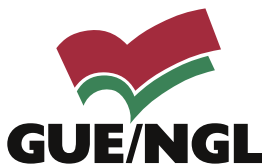
Keines der heutigen 25 Mitglieder der EU hatte einen solch lang andauernden Prozess vor der eigentlichen Mitgliedschaft zu durchlaufen wie die Türkei. Dabei wurde der Türkei beim Abschluss zahlreicher Verträge und Abkommen in den vergangenen Jahrzehnten stets eine Vollmitgliedschaft in der EU in Aussicht gestellt. Am 3. Oktober 2005 haben schließlich die 25 Staats- und Regierungschefs der EU einstimmig beschlossen, mit der Türkei Beitrittsverhandlungen mit dem Ziel der vollen EU-Mitgliedschaft, allerdings mit einem »offenem Ende«, zu beginnen. Voraussetzung für die EU-Mitgliedschaft der Türkei ist selbstverständlich die Erfüllung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kriterien. Die Zielsetzung der Türkei, einerseits Mitglied der EU zu werden, sich aber andererseits als ökonomischer und politischer Machtfaktor im eurasischen Raum einzusetzen, wird letztlich beiden, der Türkei wie der EU, zugute kommen. 3,9 Millionen Türken, die bereits in der EU ansässig sind, spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Ihr Potenzial als Mittler zwischen den Kulturen und Sprachen sollte von Seiten der jeweiligen EU-Länder wie der Türkei erkannt und genügend genutzt werden.

Bereits heute bilden Türken in Europa einen immer bedeutenderen wirtschaftlichen Faktor. Allein in der Bundesrepublik Deutschland leisten 64.600 türkischstämmige Unternehmer einen Jahresumsatz von 29,5 Milliarden Euro und haben bisher 323.000 Arbeitsplätze geschaffen. Die Tendenz ist steigend. Der Verband türkischer Unternehmer und Industrieller in Europa (ATIAD) stellt die Prognose, dass diese Zahl bis 2010 auf 650.000 Arbeitsplätze steigen wird.

Die Arbeitsmigration aus der Türkei vor 45 Jahren, die eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau und der Wohlstandsentwicklung in Deutschland gespielt hat, ist auch der Beitrag der Deutschlandtürken zur kulturellen Vielfalt. Die in Deutschland lebenden türkischen Migranten wurden zu einem festen Bestandteil der Gesellschaft. Mittlerweile sind sie in vielen wichtigen beruflichen und gesellschaftlichen Positionen vertreten.

Dennoch existieren nach wie vor ernsthafte Integrationsdefizite in der rechtlichen, politischen und sozialen Gleichstellung von Migranten und der Gewährleistung von Chancengleichheit. Beispielsweise ist es dringend notwendig, durch die Ausweitung gezielter Förderungsmaßnahmen in Kindertagesstätten und Schulen gleiche Bildungschancen für Kinder mit Migrationshintergrund zu schaffen. Hierbei kommt dem Erlernen der deutschen Sprache, wie aber auch der Muttersprache ein hoher Stellenwert zu. Ergebnisse der neuesten PISA-Studie machten deutlich, dass u.a. Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund enorme Nachteile in der Bildung aufgrund fehlender Deutschkenntnisse erfahren.

Türken in Europa sind schon längst nicht mehr Gastarbeiter, sondern fester Bestandteil der Europäischen Union. Durch vorausschauende und kluge Schritte kann die EU durch eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union dieses kulturelle und wirtschaftliche Potenzial im Sinne eines starken Europas auch im eigenen Interesse nutzen.



Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Herausgegeben von der Delegation der Linkspartei.PDS in
der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/
Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Rue Wiertz | ASP 6F 353 | B-1047 Brüssel | Belgien |
www.linkspartei.pds-europa.de | V.i.S.d.P. Gabriele Zimmer |
Redaktionsschluss März 2006

Bildnachweis: dpa, ImagePoint, Feleknaş Uca, André Brie
Gestaltung und Satz: DiG/TRIALON | Druck: Mediaservice | Auflage: 10.000



www.linkspartei.pds-europa.de

